

Referat: OBM

Amt: PMA

Niederschrift

Besprechung am: **30.6.2016** Beginn: 11 Uhr

Ort: OBM Besprechungszimmer Ende: 13 Uhr

Thema: Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen mit AK EFIE Politik und AIB

Anwesende (alphabetisch)

Entschuldigt

Verteiler

Bankel, Sissi (EFIE)

Heintze, Annasophia (Stadt PMA)

Kagermeier, Ingrid (EFIE)

Kaiser, Andrea (Stadt AIB
Geschäftsstelle)

Nicholson, Liz (AIB)

Preuß, Elisabeth (Dr.) (Stadt BM3)

Schöner, Gabriele (Stadt Amt 50)

Schöttler, Michael (Dr.) EFIE

Schwarz, Anja (EFIE)

Szabo, Heinz (AIB)

Waldmann, Klaus (EFIE)

Yaver, Lütfe (AIB)

Oberbürgermeister Dr. Janik

BM III Dr. Preuß

ASB

Frauenhaus Erlangen

Fraktionen des Stadtrates

Amt für Soziokultur Stadt

Jugendamt Stadt

Geschäftsstelle AIB

AK Politik EFIE

EFIE Vorstand

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Bürgermeisterin Dr. Preuß begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für das Engagement und den Willen zu den regelmäßigen Rücksprachen zur Steigerung der Transparenz der Verwaltungsarbeit und Stärkung der gegenseitigen Unterstützung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Erlangen.

FEEDBACK ZU VORGEHEN UND TURNUS:

Das Vorgehen der regelmäßigen Jour-fixe, 2 monatlich bzw. nach Bedarf, wird von allen Teilnehmenden als zielführend und dem Bedarf nach Transparenz und gegenseitigem Austausch als sehr hilfreich erachtet. Es soll fortgeführt werden.

Nach Themen entsprechend sollen zentrale AkteurInnen aus Verwaltung und extern dazu geladen werden. In jedem Jour-fixe wird das Folgethema festgelegt und ein Folgetermin vereinbart.

Es wird von allen Seiten betont, dass das Ziel des Treffens ein konstruktives Miteinander ist und sich alle Teilnehmenden aktiv darum bemühen.

Während des Meetings werden Richtlinien und Maßnahmen festgelegt, die Ehrenamt und Stadtverwaltung zum Wohle der Flüchtlinge umsetzen. Das Ehrenamt hat hier unterstützende Funktion. Diese werden in Form eines Protokolls niedergeschrieben, dass von allen Beteiligten freigegeben werden muss. Um die effektive Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Ehrenamt zu fördern und die Transparenz über die Zuständigkeiten innerhalb der Stadt im neu und stark ausgeweiteten Bereich Flüchtlinge zu erhöhen, ist diesem Protokoll eine Liste mit E-Mailadressen und Telefonnummern der zuständigen Verwaltungsbereiche angehängt. Fr Heintze bietet zudem an, im Zweifelsfall der Zuständigkeit sie in Kopie (CC) zu setzen, um Prozesse nicht durch unklare Zuständigkeiten zu verlangsamen.

Bericht der Stadtverwaltung über die Unterbringung von Flüchtlingen in Erlangen

Die Kommunen sind nach dem Aufenthaltsgesetz verpflichtet, die Unterbringung von Asylsuchenden vorzunehmen, wenn die Gemeinschaftsunterkünfte des Freistaates keine Plätze mehr bieten. Die Aufgabe erstreckt sich dann von der Schaffung von Unterkünften, über die Unterbringung der Asylsuchenden bis zum Betreiben der Unterkünfte. Die bay. Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge, die qualitative Mindeststandards beschreiben, wurden vom Freistaat Bayern im September 2015 schriftlich aufgehoben. Das wurde Frau Schöner, Amt 50, auch kürzlich erst wieder mündlich von der Regierung von Mittelfranken vorgehalten, als sie mitteilte, dass sie in den dezentralen Unterkünften den Standard der Mindestquadratmeterzahl wieder erreichen möchte. Das kann Auswirkungen auf die Kostentrückerstattung durch die Regierung haben, wenn es darum geht Unterbringung zu schaffen, die menschenwürdigen Mindeststandards entsprechen, wie sie in der EU Richtlinie zur Unterbringung von Flüchtlingen festgelegt ist.

SCHAFFUNG VON UNTERKUNFTSPLÄTZEN SEIT SOMMER 2015

Frau Schöner berichtet, dass es seit Sommer 2015 einen massiven Bedarfsanstieg für Flüchtlingsunterbringung gab, der Stadt wurden pro Woche rund 70 Flüchtlinge zugewiesen. Seit Januar gehen die Zahlen der Neuankommenden Flüchtlinge nach Erlangen zurück. Derzeit kommen kaum oder keine neuen Flüchtlinge nach Erlangen. Die Regierung, die regulär die Aufgabe der Unterbringung von Flüchtlingen innehat, hat seit dem Jahr 2014 insgesamt nur 50 Unterbringungsplätze geschaffen. Die Stadt Erlangen hat innerhalb von vier Monaten 800 Plätze geschaffen. Neben klassischen Gemeinschaftsunterkünften, Wohnungen und Containern wurden als letzte Ressource, Turnhallen belegt. Um diese schnellstmöglich wieder dem Vereins- und Schulsport zugänglich zu machen, wurden im Frühjahr 2016 zwei Erstaufnahmeeinrichtungen, nachdem diese leer waren, als Gemeinschaftsunterkunft umfunktioniert.

IST-STAND UND BEDARFE

Trotz einer Stagnation der Zahlen Neuankommender Flüchtlinge in Erlangen, ist der Bedarf für den Bau neuer Unterkünfte groß. Die in kurzer Zeit seit Sommer 2015 geschaffenen Unterkünfte sind zum Teil prekär. Die zu Gemeinschaftsunterkünften umfunktionierten Erstaufnahmeeinrichtungen sind nicht auf längeres Wohnen angelegt. So gibt es hier z.B. keine Möglichkeit für die Flüchtlinge sich selbständig voll zu versorgen, sie werden durch Catering versorgt. Besonders vulnerable Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, Kranke, Schwangere und alleinreisende Frauen und Kinder, sind in Verhältnissen untergebracht, die den besonderen Bedürfnissen dieser Gruppen zum Teil nicht gerecht werden. Sie sind dadurch in hohem Masse gesundheitlich bzw. psychisch gefährdet. Auch die nicht-vulnerablen Flüchtlinge sind durch die prekäre Wohnsituation stark belastet, die die Stadt als unzumutbar einstuft. Die Unterkunftsverhältnisse hemmen zudem massiv die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen. Flüchtlinge, die auf stark beengtem Wohnraum leben, der lärmtechnisch ungenügend isoliert ist, sind weder fit für Schule, Deutschkurse noch Arbeit. Die Unterkunfts-niveaus machen es geradezu unmöglich, dass Schulkinder Freunde einladen, oder erwachsene Flüchtlinge mit Stolz Gastfreundschaft leben

können. Die Nicht-Möglichkeit der Selbstversorgung in den beiden Gemeinschaftsunterkünften Rathenaustraße und Weichselgarten hemmt den identitäts- und autonomiestiftenden Prozess der Selbstversorgung. Gemeinsames Essen wird als Belastung und nicht gesellschaftsbildender Prozess wahrgenommen.

Ziel der Stadt ist es, die prekären Wohnverhältnisse schnellstmöglich aufzulösen. Diese politische Entscheidung wird massiv von den ehrenamtlichen unterstützt, die die Bedingungen vor Ort erleben. Die Bedarfzahl beläuft sich auf rund 400 neu zu schaffende Unterkunftsplätze für die derzeit in Erlangen in prekären Verhältnissen lebenden Flüchtlinge. Durch den der Stadt auferlegten Baustopp der Regierung, darf die Stadt derzeit die dringend benötigten neuen Unterkünfte jedoch weder planen noch bauen. Die Stadt hat deswegen bei der Regierung die Genehmigung, verschiedene Projekte für neue Unterkünfte weiterverfolgen zu dürfen, beantragt. Ein Anliegen der Stadt ist es dabei, dass die Flüchtlinge in Erlangen bleiben und nicht in stadtferne Unterkünfte umverteilt werden, in denen die Integrationsstrukturen nicht umfassend und erfolgsversprechend gegeben sind. In Rücksprache mit Flüchtlingen in prekären Wohnsituationen haben diese der Stadtspitze explizit mitgeteilt, dass sie lieber in Erlangen, wo sie Integrationsmaßnahmen wahrnehmen können, bleiben möchten. Eine Umverlegung in andere Städte (z.B. Nürnberg oder Fürth) ist Regierungsaufgabe, wird jedoch mit Blick auf die dringenden Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen und die Unterbringung in prekären Wohnsituationen von allen Beteiligten auf den ersten Blick als sinnvolle Option eingeschätzt.

PROGNOSE UND WEITERE ENTWICKLUNGSRICHTLINIEN

Quantität der Unterkünfte steigern

Durch den Baustopp kann die Stadt derzeit weder die 400 dringend benötigten Plätze schaffen, um die prekären Unterbringungsverhältnisse aufzulösen, noch sich auf mögliche neue Flüchtlingszahlen, die für das zweite Halbjahr 2016 prognostiziert werden, vorbereiten. Die Regierung zwingt die Stadt derzeit in Planungs- und Handlungsunfähigkeit. Die Stadt befürchtet, dass bei einem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen wieder Turnhallen belegt werden müssen. Gleichzeitig hat die Stadt die Kompetenzen aufgebaut, Flüchtlinge in Erlangen unterzubringen, was jedoch erfordert, dass jetzt für Herbst/Winter 2016 geplant werden kann. Mit Blick auf die guten Integrationsstrukturen in Erlangen wäre eine Unterbringung von Flüchtlingen in Erlangen weiterhin sinnvoll und in der Stadtspitze als humanitäre Aufgabe erwünscht.

Für bereits im Bau befindliche Unterkünfte wirkt der Baustopp nicht. Zwei Unterkünfte werden voraussichtlich bis Ende Sommer bezugsfertig sein.

Qualität der Unterkünfte verbessern

Die Bayerische Staatsregierung hat der Stadt mitgeteilt, dass die Regierungsleitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen seit Herbst 2015 auf Grund der Ausnahmesituation der Flüchtlingszahlen, aufgehoben wurden. So wurden z.B. seit Herbst 2015 Flüchtlinge in Bayern auf weniger Wohnraum als den in den Leitlinien vorgeschriebenen 7qm pro Flüchtling untergebracht. Die Stadt Erlangen arbeitet derzeit daran diese Mindeststandards von mindestens 7qm wieder herzustellen:

PROJEKT: VERBESSERUNG DER UNTERBRINGUNGSQUALITÄT IN ALLEN UNTERKÜNFTE

Amt 50 führt derzeit, trotz Hinweis der Regierung, dass die Leitlinien zur Unterbringung aufgehoben sind, ein Projekt zur Verbesserung der Unterbringungsqualität für Flüchtlinge in Erlangen durch. Ein Mitarbeiter geht durch alle 20+ Unterkünfte und macht eine Bestandsaufnahme über Wohnfläche pro Person und Ausstattung der Unterkunftsräume. Fehlende Möbel (Schrank bzw. Spind, Tisch, Bett, Stuhl pro Person) werden nachbestellt und zeitnah geliefert. Derzeit wird geschätzt, dass ein zusätzlicher Bedarf an rund 40 Unterkunftsplätzen auf Grund des besonders beengten Wohnraumes in manchen Unterkünften anfällt. (Anmerkung: Nach Abschluss des Projektes wurde ein Bedarf von 76 Unterkunftsplätzen festgestellt.)

Zusätzlich werden Kranke und Menschen mit Behinderungen in den beiden Unterkünften Rathenaustraße und Weichselgarten, die von Erstaufnahmeeinrichtungen zu Gemeinschaftsunterkünften umfunktioniert wurden, erfasst und nach Möglichkeit in weniger prekäre, teils barrierefreie Unterkünfte umverteilt.

PROJEKT: TEMPORÄRE VERBESSERUNG DER PREKÄREN GEMEINSCHAFTSUNTERBRINGUNGEN

Die Gemeinschaftsunterkünfte, die aus Erstaufnahmeeinrichtungen umfunktioniert wurden, sind in besonderem Masse prekär, das sie nicht auf mittel- oder gar längerfristiges Wohnen angelegt sind.

Auch durch Verbesserungsmaßnahmen kann kein Standard hergestellt werden, der längerfristiges Wohnen erträglich macht, weshalb der Neubau von Ausweichunterkünften seitens der Stadt dringend gegenüber der Regierung gefordert wird. Um das grösste Elend temporär zu lindern, führt die Stadt ein Projekt speziell für diese beiden prekären Unterkünfte durch:

Weder in Rathenaustraße noch Weichselgarten können sich die Flüchtlinge selbst versorgen, werden also dreimal täglich becatert. Das schneidet die Flüchtlinge in ihrer menschlichen Autonomie immens ein. Die Flüchtlinge organisieren sich regelmäßig, um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen. Um die Situation im Rahmen des maximal Möglichen zu verbessern, führt die Stadt derzeit ein aufwendiges Projekt durch um Herde einzubauen, an denen einige Flüchtlinge sich zusätzlich versorgen können. In der Rathenaustraße können dafür drei Herde eingebaut werden. Der Einbau der Herde ist voraussichtlich Mitte August abgeschlossen.

NACHVERDICHTUNG – BEZAHLBARER WOHNRAUM DRINGEND BENÖTIGT

Nachverdichtung ist ein entscheidendes Projekt zur Minderung der akuten Wohnungsnot in Erlangen, das den Wohnungsmarkt allgemein entlastet. Auch wenn kein direkter Zusammenhang besteht zwischen Flüchtlingsunterkünften und Nachverdichtung, hilft diese doch indirekt durch eine Entlastung des Erlanger Wohnungsmarktes. Der stark belastete Erlanger Wohnungsmarkt war ein entscheidendes Problem auch im Finden von Flüchtlingsunterkünften in Zeiten des massiven Anstiegs von Unterbringungsbedarf. Zudem werden nach Anerkennung viele der Flüchtlinge voraussichtlich, zumindest zunächst, in die Gruppe der Menschen mit Bedarf günstigen Wohnraums fallen. Hierdurch erhöht sich der Druck auf den Erlanger Wohnungsmarkt nochmals, was wiederum die Notwendigkeit der Nachverdichtung nochmals steigert. Alle Anwesenden sind sich über die Notwendigkeit von Nachverdichtung im gesamten Erlanger Stadtgebiet einig und beschließen, in Ihren Netzwerken für die Nachverdichtung aktiv zu werben.

WOHNEN FÜR HILFE

Übereinstimmungen:

EU-RICHTLINIEN ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN ALS ZIELVORGABE

Alle Anwesenden einigen sich, dass die Einhaltung der EU-Richtlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen als Ziel zur Verbesserung der Unterbringungsqualität angestrebt wird. Entsprechend soll die Qualität der Unterkünfte, trotz der Regierungsansage, dass die bayerischen Leitlinien ausgesetzt wurden, angehoben werden. Die Stadt setzt sich bei der Bayerischen Staatsregierung (die die Zuständigkeit für die Flüchtlingsunterbringung innehat und der Stadt diese Aufgabe delegiert hat) dafür ein, dass die Stadt Erlangen entsprechend refinanziert und nicht gehemmt wird in der Umsetzung ihrer pflichtgemäßen Aufgabe und der Einhaltung vorgeschriebener EU Standards.

UNICEF-STUDIE UND BESONDERE SCHUTZBEDÜRFTIGKEIT VULNERABLER GRUPPEN

Nicht nur Behinderte und Kranke, sondern auch Kinder und, besonders alleinreisende, Frauen fallen unter die Gruppe besonders vulnerabler Flüchtlinge. Auch wenn es in der Stadt keine offiziell bekannten Übergriffe auf diese Frauen gibt, sind sich alle Teilnehmenden über das besondere

Schutzbedürfnis dieser Gruppe einig und den erhöhten Bedarf die Verwundbarkeit dieser Gruppen zu schützen.

Die Räume sind in den besonders prekären Gemeinschaftsunterkünften nicht abschließbar, was jedoch besonders für alleinreisende Frauen und Mütter mit Kindern zum Schutz dieser Gruppe seitens der UNICEF und anderen Experten empfohlen wird. Die Stadt plant daher die Drittmittel-bezuschusste Errichtung einer Unterkunft speziell für alleinreisende Frauen und Müttern mit ihren Kindern.

Frau Dr. Preuß bespricht mit dem ASB, inwiefern in der Unterkunft Weichselgarten ein Schutzraum für Frauen und Mädchen eingerichtet werden kann, der auch geschützten Zugang zu Sanitäranlagen hat.

Resultierend aus den Anregungen der UNICEF-Studie regt Frau Kagermeier an, dass trotz der ungünstigen bautechnischen Gegebenheiten nichts unversucht bleiben soll, um Frauen und Kindern besseren Schutz (wie abschließbare Wohneinheiten, geschützter Zugang zu den Sanitäreinrichtungen, etc.) zu gewähren.

Auf Vorschlag der Ehrenamtlichen stimmt die Stadt zu, dass zukünftig bei freiwerdenden Kapazitäten zum Auszug/Umverteilung aus besonders prekären Unterkünften neben behinderten und kranken Flüchtlingen alleinreisende Frauen (auch mit Ihren Kindern) ebenfalls besondere Berücksichtigung erhalten.

Zur Information für Verhaltensmöglichkeiten bei möglichen Vorfällen und zur Stärkung des Selbstschutzes alleinreisender Frauen etwa durch Selbstverteidigungskurse wird festgelegt, den Kontakt zwischen Frauenhaus/Frauzentrum in die besonders prekären Unterkünfte und zu allen alleinreisenden Flüchtlingsfrauen herzustellen.

Frau Lippert, Koordination im Bereich soziokulturelle Integration von Flüchtlingen, trifft sich gemeinsam mit Dr. Preuß regelmäßig mit Flüchtlingsfrauen aus besonders prekären Unterkünften, um ihnen systematisch Stadtteilzentren vorzustellen, dortige Angebote zugänglich zu machen und die Küchen zugänglich zu machen. Das Angebot stößt auf enorme Resonanz. Es ist geplant, dass das Zuckerfest von einigen Flüchtlingsfrauen aus der Rathenaustraße, teils mit Familien, im Stadtteilzentrum Isarstraße gefeiert wird.

Die Ehrenamtlichen bitten um die Verbesserung der Situation für Kinder in den besonders prekären Unterkünften (u.a. fehlen jegliche Sportmöglichkeiten). Die zuständige für sozio-kulturelle Integration von Flüchtlingen wird darüber informiert, um mit den zentralen AkteurInnen (u.a. ASB und EFIE, Fr. Kagermeier) Maßnahmen zu entwickeln.

Herr Szabo schlägt vor, vermehrt darauf zu achten, dass auch schon kleine oftmals leicht zu realisierende Verbesserungen in den GUs (wie abschließbare Spinde) der Frust-Level enorm senken könne. Die Ehrenamtlichen werden ermutigt weiterhin unnötige und leicht zu beseitigende Übel in den GUs and die Stadtverwaltung zu melden.

Anerkannte Flüchtlinge gelten als Fehlbeleger in Gemeinschaftsunterkünften. Zugleich tun sie sich oft schwer, auf dem freien Erlanger Wohnungsmarkt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Darin will die Stadt Erlangen nicht nur ErlangerInnen sondern auch diese Gruppe der NeuerlangerInnen noch stärker als bisher unterstützen. Die Stadt ist bei der Vermittlung von Wohnungen an die Mietobergrenze gebunden ist. Sie beträgt für einen Singlehaushalt 396 Euro, für zwei Personen 466 Euro, für drei Personen 502 Euro (Tabelle siehe Anhang). Diese Höhe setzt sich aus der Grundmiete und der Betriebskostenvorauszahlung zusammen. Heizungskosten sind darin nicht enthalten, sie werden nach Verbrauch erstattet. Zudem wird der Mietvertrag nicht mit der Stadt, sondern mit dem künftigen Mieter abgeschlossen. Herr Hatzold aus der Abteilung Wohnungsamt ist Ansprechpartner für ErlangerInnen, die privaten Wohnraum auch an Flüchtlinge vermieten möchten.

Hr. Hatzold

Abteilung Wohnungswesen

Telefon: 09131 86-2870

E-Mail: robert.hatzold@stadt.erlangen.de.

WOHNEN FÜR HILFE

Die Stadt informiert über den Zuschlag für zwei Jahre zur Ausweitung des Projektes Wohnen für Hilfe auch auf die Gruppe der anerkannten Flüchtlinge. Dafür werden von der Regierung Ressourcen sowohl für Personal als auch für Projektmaßnahmen, einschließlich Öffentlichkeitsarbeit, geschaffen. Das Projekt soll bis spätestens September 2016 starten.

Im Rahmen des Interkulturellen Monats wird gemeinsam mit der Abteilung Wohnungswesen, dem Ausländer- und Integrationsbeirat sowie voraussichtlich dem Seniorenbeirat eine Veranstaltung durchgeführt zur Verfügung-Stellung privaten Wohnraumes an Flüchtlinge.

Die Veranstaltung soll im Oktober 2016 im Palais Stutterheim stattfinden. Geplant ist eine Einführung in den Bedarf, Erfahrungsberichte von zwei ErlangerInnen, die bereits Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben und einer Gesprächsrunde für und mit interessierten BürgerInnen und Flüchtlingen, die einen Auszugsbescheid haben. EFIE und AIB sagen zu die Veranstaltung in Ihren Netzwerken zu bewerben, Flüchtlinge für die Veranstaltung mit einzubinden und bei Bedarf zur Veranstaltung zu begleiten. Zudem sagen alle Teilnehmenden zu, die zur Verfügungstellung von privatem Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge in Ihrem Netzwerk zu bewerben.

REFUGIUM E.V.

Die Ehrenamtlichen schlagen vor, dass der Verein REFUGIUM beworben wird, um Mitgliedschaft und dadurch Mitgliedsbeiträge zu erhöhen.

NÜRNBERG ALS MÖGLICHER AUSWEICHORT FÜR FLÜCHTLINGE IN PREKÄREN UNTERBRINGUNGEN

Alle Anwesenden sind sich einig, dass es den Flüchtlingen schadet, wenn sie in Kommunen verlegt werden, deren professionelle Integrationsstrukturen nicht umfassend und kompetent aufgestellt sind. Das ist gerade im ländlichen Raum auf Grund der begrenzten Kapazitäten oft nur rudimentär gegeben. Das entspricht auch dem Wunsch vieler Flüchtlinge in größeren Städten zu leben. Nürnberg als große Kommunen, die Integrationspolitisch stark aufgestellt ist, soll seitens der Stadt Erlangen angefragt werden, ob sie Platz hat für Erlanger Flüchtlinge. Die Stadt Erlangen kann dann zur Verfassen von Umverlegungsanträgen bei den Flüchtlingen in besonders prekären Unterbringungen werben. Die Entscheidung ob schlechte Unterbringung in Erlangen oder besserer in Nürnberg obliegt jedoch bei den Flüchtlingen selbst.

NUK WETTERKREUZ – EINBLICKE IN DIE LAGE GEWINNEN UM ENGAGEMENT ZIELGERICHTET ZU VERBESSERN

EFIE bittet darum, vor dem nächsten Jour-fixe einen Besuch in der NUK abstatten zu dürfen, um Einblicke in Stand und Bedarfe zu erhalten. Es sollen maximal drei Personen teilnehmen. Frau Schöner, Amt 50, sagt zu einen Termin zu koordinieren.

NEUBAU REGIERUNGSUNTERKUNFT ERLANGER WEG

EFIE bittet darum, dass sich die Stadt stark macht, dass in die neugebauten Regierungsunterkunft Erlanger Weg, die gerade im Entstehen ist, vorwiegend keine neuen Flüchtlinge nach Erlangen zugeteilt werden, sondern in erster Linie Flüchtlinge aus den besonders prekären Unterkünften um verlegt werden, die bereits in Erlangen sind. Die Stadt bestätigt, dass sie sich bereits regelmäßig für diese Position bei der Regierung einsetzt. Die Regierung hält sich jedoch einer Auskunft offen und vermindert dadurch abermals die Planungsfähigkeit der Stadt.

LEBENSDAUER CONTAINER

Frau Yaver vom AIB fragt nach der Bestandsdauer von Containern und verweist darauf, dass bei Bedarf rechtzeitig neue Container bestellt werden sollen, wenn die bereits teils alten nicht mehr

nutzbar werden. Die Stadt stimmt zu, dass die Container regelmäßig durch Hausmeister und Gebäudemanagement auf Haltbarkeit geprüft werden und im Bedarfsfall nachgebessert werden.

PAUL-GORDAN-STR. CONTAINERSTANDORT

Frau Kagermeier lehnt neue Containerunterkünfte am geplanten Standort Paul-Gordan-Str. ab und schlägt statt dessen vor, dass wie am Erlanger Weg 1-2 Zimmer-Apartments gebaut werden, welche zuerst von Flüchtlingen genutzt werden, später evtl. von Studenten bzw. Migranten (anerkannte Flüchtlingen). Sie betont, dass die Bebauung nur im Rahmen dessen geplant werden sollte, was der Denkmalschutz erlaubt.

Frau Preuß weist die Forderung nach Festbebauung mit der Begründung zurück, dass die bebaute Stelle, nach Nutzung von Flüchtlingen in Containern, wieder den AnwohnerInnen als Grünfläche zur Verfügung gestellt werden soll. Der Containerstandort sieht eine Schutzunterkunft für alleinreisenden Frauen und Frauen, die mit Kindern reisen vor. Derzeit ist dieses Vorhaben aufgrund des Bau- und Planungsstopps durch die Regierung auf Eis. Den Baustopp sieht die Stadt mit Verweis auf rund 400 prekäre Unterbringungssituationen von Flüchtlingen als hochproblematisch und die prekäre Unterbringung als menschlich unzumutbar und als hochgradig integrationsschädigend.

Nächstes Treffen Jour-fixe:

Datum: 15. September 2016, 11-13 Uhr.
Thema: Brief vom AK Politik von EFIE vom 29.3.2016.
Einzuladen: Wie oben + in Brief erwähnte relevante AkteurInnen

Nächster Runder Tisch Flüchtlinge:

Am 2. August 2016 – 17 Uhr im Ratssaal.
Thema: auf Abfrage Verteiler runder Tisch Flüchtlinge bis Freitag 22.7.2016 an annasophia.heintze@stadt.erlangen.de.

Anlage: Zuständigkeitsliste mit Kontaktdaten im Bereich Flüchtlinge bei der Stadt Erlangen (mit sich verändernden Bedarfen unterliegt diese ggf. immer wieder Veränderungen)
Tabelle der Mietobergrenze

Mietobergrenzen ab dem 01.08.2014

Mit Beschluss vom 24.07.2014 hat der Stadtrat die neuen Mietobergrenzen, gültig ab dem 01.08.2014 mit folgenden Regelungen beschlossen:

Folgende Mietobergrenzen wurden festgelegt:

Haushaltsgröße	Wohnfläche in qm	Bruttokaltmiete
1-Personen- Haushalt	50	396,00 €
2-Personen- Haushalt	65	466,00 €
3-Personen- Haushalt	75	502,00 €
4-Personen- Haushalt	90	614,00 €
5-Personen- Haushalt	105	731,00 €
6-Personen- Haushalt	120	866,00 €
Jede weitere Person	je 15	113,00 €